



Heinrich Heyes
SPD-Fraktion

Zunehmende Gewalt

Bietigheim-Bissingen

Medienberichte hinterlassen bei Bürgern zurzeit den Eindruck zunehmender verbaler oder tätlicher Gewalt gegenüber Amtsträgern und öffentlichen Einrichtungen. Da stellt sich die Frage, ob der Staat für die Sicherheit der Menschen ausreichend sorgen kann.

Offenkundig ist dabei auch eine Diskussion über die möglichen Ursachen in Gang gekommen. Dabei zeigt sich, dass es sich um eine komplexe Gemengelage handelt. Im Falle einer gewalttätigen Einzelperson kann es sich um eine übersteigerte Aggressivität, aber auch um eine psychische Erkrankung handeln. Geboten ist dann eine effektive Deeskalation, zu der geschultes Personal erforderlich ist. Sehr viel schwieriger einzuschätzen sind Gewaltexzesse in Gruppen, da bei mehreren Akteuren die Symptome vermischt werden. Richtig unübersichtlich wird eine Gewaltsituation, wenn Alkohol oder Drogen auf gewaltbereite Personen einwirken. Wird ein Polizei-Einsatz erwogen, ist es das erklärte Ziel, die Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Neben der Gewalt gegen Amtsträger und Verwaltungsmitarbeiter ist die Gewalt gegen helfende Personen, die sich für Menschen in zum Teil extremen Notsituationen einsetzen, gewissenlos und schändlich. Gerade bei Katastrophen sind Polizei und Hilfsorganisationen wie Sanitätsdienste, Feuerwehren und technische Hilfsdienste die unersetzlichen Helfer.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die ehrenamtlichen Helfer einen Dienst leisten, der von staatlicher Seite kaum finanziert wird.

Erschreckend ist die Zunahme aggressiver Attacken gegen das Personal von Notfall-Ambulanzen der Krankenhäuser: Frust schlägt um in Gewaltausbrüche von Patienten und/oder Begleitpersonen, vorwiegend in der Nacht oder am Wochenende. Leider müssen dann oft Polizeikräfte angefordert werden, um die Lage in den Griff zu bekommen. Für die meist sehr schnelle Unterstützung durch die polizeiliche Amtshilfe sind die Krankenhäuser sehr dankbar.

Gewalt in unserer Gesellschaft hat leider zunehmende Tendenz. Dies hat die Organisatoren des diesjährigen, am 25. Februar stattfindenden „Bietigheimer Tages“ bewogen, diese Problematik zum Leitthema zu machen, um ein Zeichen gegen die Verrohung in unserer Gesellschaft und für ein respektvolles Miteinander zu setzen.

An dieser Stelle kommen die Fraktionen im Gemeinderat von Bietigheim-Bissingen zu Wort. Sie sind für den Inhalt verantwortlich.